

Joachim Wintzer: Deutschland und der Völkerbund 1918-1926

Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), 2006, 634 Seiten.

Versailles schien allgegenwärtig, und so wurde der im Vertragswerk von Versailles eingelassene Völkerbund von vielen Zeitgenossen kaum je als Versuch respektiert, eine stabile Nachkriegsordnung zu errichten. Sicherlich, auch einen Teil der deutschen Öffentlichkeit hatte zunächst eine Faszination für die Völkerbundsidee ergriffen; Wilsons Friedensideale waren ja insgesamt nicht ohne Neugier und aus den unterschiedlichsten Motiven heraus begrüßt worden, zumal angesichts der drohenden Niederlage. Doch blühte diese Faszination für die Ideen und Prinzipien einer überstaatlichen Institution allein im Vorfeld jener Entscheidungen in Versailles auf, die zweifelsohne, wie Eberhard Kolb formuliert hat, zum »großen Trauma der Deutschen« und zu einer »schweren Hypothek« der Weimarer Republik werden sollten. Wenn in den Jahren darauf noch etwas von ihr zu spüren war, dann blieb sie doch so lose und zaghaft in der Zeit verankert wie die deutsche demokratische Überzeugung, und gemeinsam mit ihr wurde sie vom Wellenschlag der nationalistischen Erregung fortgespült.

In einer voluminösen, aus einer Heidelberger Dissertation hervorgegangenen Studie beschäftigt sich nunmehr Joachim Wintzer mit der ambivalenten Haltung, die Politik und Öffentlichkeit in Deutschland gegenüber dem Völkerbund einnahmen, und er versteht es dabei, immer wieder zu verdeutlichen, was sich bereits in der Umorientierungsphase nach den Umbrüchen des Herbstes 1918 abzeichnete: dass dieses zuweilen parteiübergreifende deutsche Völkerbunds-Engagement »nicht nur« – aber eben: auch – »eine opportunistische Anwandlung« (S. 145) war und erst vor dem Hintergrund der deutschen Revisionshoffnungen wie angesichts der Veränderungen innerhalb des internationalen Systems zu begreifen ist.

Die bereits im Oktober 1998 eingereichte und seitdem fortlaufend aktualisierte Studie ist zunächst, auf etwas mehr als einhundert Seiten, um grundsätzliche Vorüberlegungen zu den strukturellen und politischen Rahmenbedingungen der deutschen Völkerbundspolitik bemüht; dies war zum Verständnis des Decision-Making-Process unerlässlich, im Ergebnis freilich ergibt sich ob der Vielzahl einwirkender Faktoren und Institutionen kaum mehr als ein kursorischer Überblick über die Entstehung des Völkerbundes, über später im

Text erwähnte Parteien, Verbände und Ämter, verknüpft mit einigen Gedanken zum deutschen wie internationalen Diskurs.

Die eigentliche Stärke der Arbeit liegt auf den nachfolgenden vierhundert Seiten. Sie widmen sich in extenso, konzentriert und chronologisch jenen Debatten und Winkelzügen, die letztlich, wenn auch nicht ohne Widerwillen, im Kielwasser der Errungenschaften seit Stresemanns Amtsantritt zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund führten; und sie erweisen sich, auch wenn grundlegende Züge dieser Geschichte längst bekannt waren, über die Vielzahl oft wörtlich bemühter Quellen und den ausführlichen Anmerkungsapparat als Fundgrube selbst für gänzlich anders gelagerte Forschungen zur Weimarer Außenpolitik.

Ein solcher Mut zur Grundlagenforschung mag sich angesichts manch kühner Überlegungen, mit denen sich die Geschichtswissenschaft der Aktenarbeit entledigt, zuweilen antiquiert ausnehmen. Auf lange Sicht aber ist die Leistung derartig geduldiger und mit längeren Archivaufenthalten im In- und Ausland verbundener Arbeiten nicht hoch genug zu schätzen, handelt es sich doch im Ergebnis um eine regelrecht handbuchhafte Aufbereitung und Aufarbeitung dessen, was an Überresten vorerst noch vorhanden ist; es ist kein Zufall, dass der Verfasser seit Jahren an anderer Stelle damit beschäftigt ist, parlamentarische und außenpolitische Akten in aller Sorgfalt zu edieren.

Seine Darstellung »Deutschland und der Völkerbund 1918-1926« beginnt in den Monaten, in denen die »Deutsche Liga für Völkerbund« gegründet wurde, sie endet im Winter 1925/26, und sie verzichtet damit ganz bewusst auf eine Schilderung der etwa bei Jürgen Spenz und Christa Haas nachlesbaren Genfer Turbulenzen des Jahres 1926 sowie des triumphalen Einzuges Stresemanns in Genf im selbigen September: »De facto, nicht de iure begann die Zeit der deutschen Mitgliedschaft [. . .] bereits Anfang 1926« (S. 23). Gerade auch, weil der Verfasser möglichst jeden einzelnen Gedankenstrang zur deutschen Völkerbundspolitik freizulegen bemüht ist und dabei verschiedenste Phasen der Weimarer Außenpolitik abschreitet, wird mit allem Nachdruck erkennbar, wie tiefgreifend und alle Facetten der Problematik durchdringend die psychologischen Auswirkungen gleichermaßen der Nachkriegspolitik vor allem Frankreichs wie der labilen innenpolitischen Lage Deutschlands waren – und wie schwierig in dieser Situation die Versuche deutscher Verständigungspolitiker, darunter deutsche Liberaler, dem schwer erschütterten Vertrauen in das internationale System oder gar übernationale Organisationen überzeugende Argumente entgegenzusetzen.

Wie ein Alldruck, das war bekanntlich die Crux der von Peter Krüger so benannten »republikanischen Außenpolitik«, lag auch hier über nahezu allen amtlichen Erwägungen der Gedanke, die Aktivitäten und Initiativen vor einer krankhaft überempfindlichen nationalen Öffentlichkeit rechtfertigen zu müssen. Immer wieder wurden mühselige Errungenschaften von unkalkulierbaren

Querschlägern von innen wie außen sabotiert. Und vor allem blieben die wahren Enthusiasten eines Völkerbundes als Friedensinstrument in der Minderheit, dominierten gerade auch im Auswärtigen Amt lange Zeit jene, die Widerstand gegen die Genfer Arbeit leisteten, weil sie über Jahre hinweg und mit einigem Einfallsreichtum Argument um Argument zu entdecken vermochten, um den Bund als Machtinstrument Frankreichs zu entlarven und das »Genfer System« zu diskreditieren. Ein Völkerbund, dem die Vereinigten Staaten nicht angehörten, dem Russland und Deutschland lange Zeit nicht angehören sollten, der zudem zwar eine Reihe nachrangiger Probleme, aber eben nicht die großen Fragen der Nachkriegsordnung anging, stand zu sehr im Schatten von »Versailles«, um in einem auf Gleichberechtigung im Konzert der Großmächte pochenden Deutschland nicht ständig in einem Atemzug etwa mit der Besetzung an Rhein und Ruhr oder der Kriegsschuldfrage genannt zu werden. So war die Angst, Kompromisse im einen Fall könnten die eigene Position in anderen schwächen, eben allgegenwärtig.

Es ist ein wenig bedauerlich, dass Joachim Wintzer in seiner vergleichsweise knappen Schlussbetrachtung (S. 563-568) noch nicht auf den Gedanken kam, die Geschichte des Völkerbundes, so sehr sie als Vorgeschichte der Vereinten Nationen gelesen werden muss, als wichtigen Baustein gerade auch der Geschichte der europäischen Einigung zu deuten. Auch hätte man durchaus stärker herausarbeiten können, wie hier analog zu dem Lernprozess, den die »Vernunftrepublikaner« durchliefen, eine Riege der deutschen Politik und Diplomatie zu Multilateralisten oder gar Völkerbund-Freunden aus Vernunft wurde. Das Bemerkenswerte an seiner Studie aber ist, dass sie dank des zugänglich gemachten Materials eben solche Gedanken anregt: Allein, es bleibt anderen überlassen, sich ihnen in der Gründlichkeit zu widmen, die Joachim Wintzers Arbeit »Deutschland und der Völkerbund« auszeichnet. Diese Studie macht jedenfalls einmal mehr deutlich, warum gerade die Beobachtung der unruhigen 1920er Jahre und erst recht der Bemühungen, eine tragfähige Friedensordnung zu finden, als Schlüssel für das Verständnis bis heute aufspürbarer Mechanismen der internationalen Staatenwelt dienen kann.

Bonn

Matthias Hannemann